

ARGULINER - KONZEPTE GEGEN RADIKALISIERUNG

I. Problembeschreibung

Wir sehen mit Besorgnis, dass linksextreme und islamistische Gewalt, aber in letzter Zeit insbesondere rechtsextreme Gewalt ein Anziehungspunkt für bestimmte Gruppen geworden ist. Oft handelt es sich um Menschen, die unbegründeten Abstiegsängste, Sozialneid, unzureichende Bildung und Minderwertigkeitskomplexe haben. Rechtsextremistische Vereinigungen bieten Halt, die Möglichkeit zur Provokation und signalisieren Stärke. Ihre Anhänger empfinden dort ein Gemeinschaftsgefühl, welches sie in unserer Gesellschaft vermissen. Gerade auch junge Menschen auf dem Land, die keine Perspektiven für sich sehen und ansonsten auch wenig Freizeitangebote genießen, finden in solchen Gruppen Halt. Die Wut wird auf bestimmte Gruppen projiziert, wie Juden, andere Ethnien, Migranten und in letzter Zeit besonders Geflüchtete. Rechtsextremismus ist aber weder ausschließlich ein Problem sozial benachteiligter Schichten noch ein Problem, welches nur die neuen Bundesländer betrifft. Rechtsextreme, nationalistische und fremdenfeindliche Stimmungen finden sich überall, wo eine reale oder eingebildete Angst vor sozialem und ökonomischen Abstieg anzutreffen ist. Durch die AfD und verschiedene rechtsgerichtete Bürgerbewegungen ist rechtsgerichtete Öffentlichkeitsarbeit auch leider wieder salonfähig geworden.

All dies nehmen wir mit großer Besorgnis wahr und sehen in einer guten Präventionsarbeit und einem starken Rechtsstaat die Lösung.

II. Lösungsansätze

1. Prävention

- Jugendarbeit mit Psychologen, Sozialarbeitern, Seelsorgern, Streetworkern und die Integration sozialer Randgruppen bildet die Grundlage, um rechts- oder linksextremes Gedankengut im Keim zu ersticken. Entsprechende Initiativen und Einrichtungen müssen eine finanzielle Ausstattung erhalten, die so eine Arbeit ermöglicht. Die Kürzungen in dem Bereich sind nicht weiter hinzunehmen. Vielmehr muss eine Aufstockung der Mittel stattfinden. Hierbei sind nicht nur die Landesregierungen gefragt, sondern auch die Bundesregierung. Wir fordern daher eine Strategie zur Präventionsarbeit und zur besseren Sichtbarmachung von Angeboten.

- Durch Bildungs- und Freizeitangebote, sowie politische Erziehung in der Schule soll ein Klima der sozialen Ächtung gegenüber rechtsextremen Tendenzen gefördert werden. Falsch verstandene Neutralität in der Bildung darf nicht dazu führen, dass Informationen woanders gefunden werden. Im Politikunterricht muss direkt mit Vertretern der Parteien, der Polizei und der Bundeswehr diskutiert werden, damit Jugendliche Politik aktiv erleben und direkt Fragen stellen können, um Politikverdrossenheit vorzubeugen. Dieser direkte Austausch mit Akteuren muss über den Weg der Kultusministerkonferenz in die Rahmenpläne für Politikunterricht implementiert werden.

- Schließlich muss auch der internationale Austausch im frühen Alter beginnen und gefördert werden, um Vorurteilen zu begegnen und die Toleranz zu fördern. Dies kann wichtigen Bestandteil der künftigen Europapolitik darstellen.

2. Stärkung des Rechtsstaats

Ein starker Rechtsstaat ist notwendig, um die wehrhafte Demokratie umzusetzen. Hierzu fordern wir:

- Die Möglichkeit der Partei- und Verbandsverbote bei links- und rechtsgerichteten Gedankengut muss intensiv geprüft werden und die Bundesregierung muss ihre Zurückhaltung bei der Beantragung solcher Verbote aufgeben. Die Anträge müssen hierzu möglichst wasserdicht und mit stichhaltigen Beweisen gestellt werden.
- Nationalsozialistischer Propaganda aus dem Ausland muss durch entsprechende bi- und multilaterale Abkommen entgegengetreten werden.
- Die bestehenden Gesetze und das bestehende Strafmaß muss bei rechter und linker Gewalt konsequent umgesetzt werden. Eine Verschärfung des Strafmaßes lehnen wir ab.
- Sondereinheiten der Polizei – insbesondere der Bundespolizei – mit verbesserter Schulung und entsprechender finanzieller Ausstattung sind im Zusammenhang mit rechtsextremistischer Gewalt sinnvoll.
- Die Verurteilung der Straftäter darf sich nicht mehr zeitlich hinziehen, sondern muss so schnell wie möglich durch das beschleunigte Strafverfahren direkt nach der Tat erfolgen. Hierzu müssen sämtliche Organe der Strafverfolgung entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das Konzept „Haus des Jugendrechts“ muss flächendeckend in Deutschland etabliert werden. Über die Justizministerkonferenz müssen Informationen über und Erfahrungswerte aus der Arbeit dieser Einrichtungen insbesondere den Bundesländern gegenüber bereitgestellt werden, die noch nicht über Häuser des Jugendrechts verfügen.

Verfasserin: Alice Schmidt